

Dieser Name verpflichtet uns, den größten Sohn des deutschen Volkes mit hohen Leistungen zu ehren

Hinterlassenschaft des Faschismus: materielle und geistige Trümmer

Welch schwerer Weg war seit 1945 bis zur Namensgebung zurückgelegt! Eine große Anerkennung der vollbrachten Leistungen und eine Verpflichtung und Herausforderung für die Zukunft war mit dieser Namensgebung verbunden.

wurden Inhalt und Aufgabenstellung der Universitätsarbeit weitgehend von faschistischer Zielorientierung geprägt, nazistische Parteiglieder hatten oft unter Wissenschaftlern und Studenten die demokratischen Kräfte verdrängt, die Widerstand geleistet hatten, waren verfolgt, ein Teil der Besten umgebracht worden.

Der Neubeginn der Leipziger Universität hatte sich nach der Befreiung vom Faschismus äußerst kompliziert gestaltet. Materiell war von weitem vieler Generationen kaum noch etwas geblieben: Von 103 Gebäuden, Instituten, Kliniken blieben nach den angloamerikanischen Bombardements lediglich 14 unversehrt.

Als im April 1945 die Amerikaner Leipzig besetzten, gab es auch an der Universität Bestrebungen, unverzüglich mit der faschistischen Hinterlassenschaft aufzuräumen. Aber diese Besatzer hatten ihre eigene Vorstellung, wie das Ende des deutschen Faschismus zu „nutzen“ sei. Konsequenter Antifaschismus – so das Leipziger NKPD – wurde verboten, leistungsfähige Wissenschaftler, erhaltene Forschungsunterlagen und Ausrüstungen aber wurden kurzweilend in die festgelegte spätere amerikanische Besatzungszone verschleppt.

Nicht minder verheerend zeigte sich die geistige Ausgangslage. In den letzten Jahren Faschismus an die Macht, das hatte tiefe Spuren hinterlassen. International isoliert,



Leipzig 1945: Das Werk von Generationen ist zerstört: Von 103 Universitätsgebäuden blieben nach angloamerikanischen Bombardements nur 14 unversehrt.

Fortschrittliche Kräfte bereiteten die Wiedereröffnung der Universität vor

So brach tatsächlich erst mit dem Vormarsch der Roten Armee in die Innenstadt die Chance des Neubeginns für die etwa 1000 Leipziger an. Jetzt trafen sich die Vorstände und Aktivitäten der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zum Ziel und Inhalt der sowjetischen Besatzungspolitik. Besetzt von der Aufgabe, der Universität einen gebührenden Platz in den neuen demokratischen Verhältnissen zu verschaffen, fanden sich vor allem die Mitglieder der KPD unter Führung des Studenten Gerhard Schöner in der ersten Reihe derer, die die Leipziger hohe Schule auf die Neueröffnung vorbereiteten. Ihnen zur Seite scharten sich klassenbewußte Sozialdemokraten und andere fortschrittliche Kräfte. Es ging darum, vor der Aufnahme des Lehr- und Studienbetriebes konse-

quent das faschistische Gedankengut und seine aktiven Verfechter zu entfernen. Alle Bestrebungen reaktionärer Kreise, versteckt hinter solchen Forderungen wie nach „Autonomie der Universität“ oder des „Neuwissenschaftertums“ die Entnazifizierung zu unterlaufen, wurden von den demokratischen Kräften unterbunden. Die Genossen der SMAD ließen eine Neueröffnung ohne hinreichende Säuberung vom faschistischen Unrat nicht zu. Am 5. Februar 1946 konnte schließlich die Leipziger Universität – gemäß dem Befehl Nr. 12 des Obersten Chefs der SMAD – feierlich neu eröffnet werden. Eine erste wichtige Klappe war bewältigt, nun aber ging es darum, die antifaschistisch-demokratische Universität zu profilieren.

„Arbeiter auf die Universität“ – denn Wissen ist Macht!

Der Vereinigungsprozeß der beiden Arbeiterparteien erwachte auch für die Entwicklung des Hochschulwesens die entscheidenden Impulse, wurde doch die Orientierung auf die weitere revolutionäre Umwälzung auch auf den Gebieten von Ideologie und Kultur erarbeitet. Grundsätzliche inhaltliche Veränderungen mußten in Studium und Forschung durchgesetzt werden, die Arbeiterklasse wollte alle antifaschistischen Kräfte der Intelligenz für die Umgestaltung der Gesellschaft gewinnen und gleichzeitig eine neue Intelligenz, die den werktätigen Massen und Schichten entstamme, heranbilden. Damit waren Prozesse verbunden, auf die sich in den folgenden Jahren die Auseinandersetzungen konzentrierten.

Säule ihrer Macht sein würde. Vor allem in Studentenrat, der zunächst noch von bürgerlichen Studenten beherrscht wurde, und in von diesem Gremium einberufenen Studentenversammlungen, wurden gezielte Angriffe gegen das Arbeiter- und Bauern-Studium vorgetragen. Regelmäßig entlarvend wirkte hier z. B. das Argument der Reaktionsäre, daß, wenn mit dem Arbeiterstudium der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entsprechen werden sollte, auch 3 Prozent Schwachsinnige aufgenommen werden müßten.

Die fortschrittlichen Studenten fanden in der 1947 an der Universität gebildeten FDJ-Betriebsgruppe ihre politische Organisation und Interessenvertretung. Im Dezember 1948 trugen bei dem Studentenratswahlen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte den Sieg davon. Durch ihre Aktivitäten und Leistungen bewiesen die meisten Arbeiterstudenten, wie sie ihren Klassenauftrag verstanden. Das gesellschaftliche Umfeld war bereits wesentlich verändert, als am 1. Oktober 1949 an der Leipziger Universität die Arbeiter- und Bauern-Fakultät gegründet wurde und den neuen Erfordernissen entsprechend Arbeiterkader auf das Hochschulstudium vorbereitete.



In der Urkunde, die der Rektor, Prof. Dr. Georg Mayer, am 5. Mai 1953 von Minister Paul Wandel überreicht bekam, wurde begründet, warum die Universität den Ehrennamen „Karl-Marx-Universität“ erhielt. Es hieß in diesem Dokument: „Das Präsidium des Ministerrates verleiht diesen großen und stolzen Namen der Universität Leipzig, weil sie als eine der größten und bedeutendsten Universitäten der DDR beispielgebend war bei der Einführung und Verstärkung des Arbeiter- und Bauernstudiums und der Durchsetzung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus und sich damit große Verdienste um die Demokratisierung des deutschen Hochschulwesens erworben hat.“

Die Genossen schreiben die Lehre des Marxismus-Leninismus auf ihre Fahnen

Ein weiteres Grundproblem der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der Universität bestand in der festen Verankerung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse in Studium, Lehre und Forschung. Verschwand klein war 1945/46 die Zahl der Universitätsangehörigen, die von Grundheraus des Marxismus-Leninismus Kenntnis hatten. Antikommunistische Vorurteile und Verleumdungen beschränkten noch das Denken vieler. Es waren vor allem die Mitglieder der im September 1948 gegründeten Zentralen SED-Betriebsgruppe, geleitet von den Genossen Prof. Fritz Behrens und Hubert Jusek, die demokratische Wissenschaftler für die gemeinsame Arbeit gewannen und die Aneignung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus auf ihre Fahnen schrieben. Ihr Unterfangen war nicht leicht, stießen sie doch auf eine Vielzahl von Vorbehalten und Widerständen. Eine Vortlesungsreihe zu „Politischen und sozialen Problemen der Gegenwart“, die entsprechend einer zentralen Anordnung im Wintersemester 1948/49 gehalten werden sollte, wurde durch

eine reaktionäre Mehrheit im Senat torpediert. Erst recht konzentrierten sich die Angriffe gegen die neugegründete Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, die am 15. 4. 47 den Lehrbetrieb aufnahm. Zum Höhepunkt wurde die Auseinandersetzung um die Berufung des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Dr. Gerhard Harig auf einen Lehrstuhl für dialektischen und historischen Materialismus. Bürgerliche Philosophen lehnten ein solches Lehrfach ab, weil es eine „Philosophie der Straße“, eine „Philosophie der Massen“ sei. Gerhard Harig mußte sich schließlich im Sommer 1947 einem Prüfungskolloquium dieser Professoren stellen, das er glänzend bestritt. Auf alle Sachfragen parolierte er mit exakten Antworten. Den Versuch, seine „mangelnde Bildung“ durch eine griechisch gestellte Frage zu offenbaren, brachte er in fließendem Griechisch zum Scheitern. Als er aber nun seinerseits, der Zeit gemäß, seine „Prüfer“ auf Russisch ansprach, waren sie mit ihrer Kenntnis am Ende. Der Marxist hatte eine wichtige Auseinandersetzung gewonnen, aber die Hauptarbeit blieb noch zu tun.

Bewegte Jahre, in denen das Gesicht unserer Universität entscheidend geprägt wurde

Eine neue Entwicklungsetappe brach mit der Gründung der DDR auch für Wissenschaft und Hochschulwesen an. Die neuen Machtverhältnisse veränderten deutlich und systematisch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, und so entstanden qualitativ neue Anforderungen an die Geisteswissenschaften. In der DDR wurden die Leninischen Forderungen zum Maßstab genommen, wonach die Intelligenz „unter dem Sozialismus besser leben (muß) als unter dem Kapitalismus, sowohl in materieller als auch in rechtlicher Beziehung, sowohl im Hinblick auf die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern als auch in geistiger Hinsicht, d. h. hinsichtlich der Befriedigung, die sie in ihrer Arbeit finden, und des Bewußtseins, daß ihre Arbeit, die von den eigennützigen Interessen der Kapitalistenklasse unabhängig ist, gesellschaftlichen Nutzen bringt“ (Lenin, Ergänzungsband 1917–23, S. 401 f.). Am 12. Oktober 1949, an dem Tage, als sich in Berlin die Regie-

runge konstituierte, wurde in einer begeisterten Veranstaltung in der Kongreßhalle in Leipzig von Universitätsangehörigen die Bildung des Arbeiter- und Bauern-Staates begrüßt. Bereits in den ersten Monaten nach der DDR-Gründung demonstrierten Gesetze und Verordnungen, wie hoch die Machtorgane die Arbeit und Entwicklung der Intelligenz schätzten. Auch für die Geisteswissenschaften wurde das Recht und die Pflicht auf Arbeit gesetzlich verankert. Spezielle Aufbaumaßnahmen wurden für die Leipziger Universität festgelegt, um rasch die materiellen Möglichkeiten zu verbessern. Verordnungen über die bevorzugte Förderung von Spitzenwissenschaftlern wurden erlassen, für die Studenten wurde eine neue Stipendienordnung in Kraft gesetzt und die Sozialpflichtversicherung eingeführt. Es kam nun darauf an, die Verbindung der Universität zur gesamtgesellschaftlichen Praxis zu vertiefen und die sozialistische Umgestaltung der hohen Schulen zu vollziehen. Wiederum gingen die

wichtigsten Impulse von den Genossen der SED, von fortschrittlichen Wissenschaftlern und Angestellten und besonders von den Arbeiterstudenten aus. Die Parteiorganisation war inzwischen an der Universität eine anerkannte Kraft geworden, um die sich zunehmend die progressiven Kräfte scharten. Innerhalb eines Jahres (von Sommer 1949 bis Sommer 1950) wuchs die Hochschulgrundorganisation der SED auf mehr als das Doppelte – 1950 gehörten der SED 2381 Genossen an. Während des Zweijahresplanens war gezielt begonnen worden, vor allem die naturwissenschaftliche und medizinische Forschung mit den Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis zu verbinden. Hier anknüpfend antwortete die Leipziger Universität im Sommer 1950 auf die Beschlüsse des III. Parteitag der SED mit dem Abschluß des „Vertrages der Freundschaft zwischen dem Kombinat Böhlen und der Universität Leipzig“, der ersten Vereinbarung dieser Art in der DDR.

Erfahrungen der Leipziger Universität – besonders des Franz-Mehring-Instituts – bildeten eine wichtige Grundlage bei der Einführung des obligatorischen marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums. Seit 1949 hatten FDJ-Studenten unserer Universität Studiengruppen gebildet, in denen sie gemeinsam den Lehrstoff bearbeiteten, lebhafte Diskussionen bestritten und sich mit unwissenschaftlichen Positionen auseinandersetzten. Vor allem die Arbeiterstudenten trugen zur Profilierung dieser kollektiven Arbeitsweise bei. Binnen kurzer Zeit bildeten sich über 300 solcher Studiengruppen und -gemeinschaften. Leipziger Studenten unterbreiteten schließlich den Vorschlag an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, diese FDJ-Studiengruppen in staatliche Seminargruppen umzuwandeln. Die Auseinandersetzungen im Verlaufe der Hochschulreform waren hart, stieß doch gerade die prinzipielle Einbindung der Wissenschaften in die sozialistische Umwälzung auf den Widerstand bürgerlicher Kräfte. Der Klugheit und Prinzipienfestigkeit der marxistischen Kräfte war es zuzuschreiben, daß zunehmend auch Schwankende gewonnen werden konnten und Reaktionäre entlarvt wurden.

Generationen beweisen immer wieder: Dieser Ehrenname ist uns hohe Verpflichtung



Mai 1953: Die Namensverleihung ist Anerkennung von Partei und Regierung für die erfolgreiche Arbeit unserer Universitätsangehörigen.



September 1979: Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Dr. Werner Fuchs, und der Rektor unserer Universität, Prof. Dr. Lothar Rothmann, nehmen zu Ehren des 30. Jahrestages der DDR ein Ehrenbanner des Zentralkomitees der Partei für hohe Wettbewerbsergebnisse entgegen. Fotos: UZ-Archiv

Die Namensverleihung im Mai 1953 war eine große Anerkennung für die erfolgreich übernommenen Mühen, sie war vor allem ein großer Vertrauensbeweis, den Partei und Regierung den Angehörigen unserer Universität entgegenbrachten. Den Ehrennamen des Begründers der wissenschaftlichen Weltanschauung zu tragen, ist – das zeigen nun schon viele Wissenschaftler- und Studentengenerationen – immer neuer Anspruch an die eigene Haltung und Herausforderung zu großer Leistung. Diese Verpflichtung umriß Prof. Georg Mayer am 5. Mai 1953 in auch heute gültiger Art: „Karl-Marx-Universität“ bedeutet für ihre Angehörigen – das Bekenntnis zu jenem Ethos unbestechlicher Wahrheitsliebe, faustischem Erkenntnisdrang und promethesischem Trotz, wie sie sich schon in dem berühmten Brief des neunzehnjährigen Berliner Studenten Karl Marx an den Vater Heinrich Marx ankündigen. „Karl-Marx-Universität“ bedeutet

die tätige Bereitschaft zur Bewahrung und Mehrung unseres bedeutenden Kulturerbes, das Marx der deutschen Nation... hinterlassen... hat... „Karl-Marx-Universität“ bedeutet das Bekenntnis zu dem am Grabe von Marx von Engels noch einmal ausdrücklich bezogenen Auffassung Marxens von der Wissenschaft als einer geschichtlich bewegenden, revolutionären Kraft, einer Auffassung von der Wissenschaft, der zufolge diese die Aufgabe hat, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern. „Karl-Marx-Universität“ bedeutet ein tatbelegtes Ja zu dem aus echter humanistischer Haltung geborenen Kampf gegen jedwede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Und schließlich die Verpflichtung, ... unsere ... neu gewonnene Ordnung mit ihren großen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften gegen jedwede Bedrohung von außen und innen zu verteidigen...“ Dr. A. MUSCHALLE